

## A6 Soziale Hochschulpolitik statt Personenkult und Linientreue

Gremium: CampusGrün FU Berlin  
Beschlussdatum: 15.11.2024  
Tagesordnungspunkt: 12. Anträge

### Antragstext

- 1 Der Rechtsruck der Gesellschaft und die damit einhergehende Diskursverschiebung  
2 reicht inzwischen auch weit in die grüne Partei herein. Der Fokus auf  
3 Regierungsbeteiligung und der Kurs der Mitte lassen viele linke Menschen  
4 frustriert zurück, zuletzt gesehen durch die massenhaften Austritte aus der  
5 Grünen Jugend.
- 6 Zu diesem Wandel in der uns nahestehenden Partei muss sich auch CG verhalten.  
7 Campusgrün ist laut Satzung ein eigenständiger, grüner Hochschulverband. Sein  
8 Ziel ist die "Vertretung studienbezogener, wirtschaftlicher, sozialer,  
9 kultureller und politischer Belange der Studierenden". Wir verstehen uns als  
10 hochschulpolitischer Zusammenschluss und somit als die Interessensvertretung von  
11 Studierenden. In Zeiten neoliberaler Sparpolitik und einer Orientierung an der  
12 sogenannten politischen Mitte bedeutet das mitunter auch, dass wir diese  
13 Interessen gegen die Partei Bündnis 90/Die Grünen erkämpfen müssen.
- 14 Es bleibt die tiefgreifende Aufgabe des Bundesvorstands, studentische Interessen  
15 an die ihm nahestehende Partei Bündnis 90/Die Grünen heranzutragen und sich  
16 nachdrücklich für diese einzusetzen.
- 17 Weiterhin unterstützt der Verband nicht einzelne Kandidat\*innen der  
18 Mutterpartei, sondern setzt sich vielmehr für die gesamte Breite grüner Konzepte  
19 ein, welche in Beschlüssen der Bundesmitgliederversammlung sowie im  
20 Grundsatzprogramm manifestiert sind.
- 21 Campusgrün versteht sich als Interessensvertretung für Studierende gegenüber  
22 Parteien und Organisationen des links-grünen Spektrums. Dabei setzen wir uns  
23 (auch gegen Widerstände) für studentische Belange ein und kritisieren dabei,  
24 wenn nötig, auch Gesetespakete, die von grünen Verantwortungsträger\*innen  
25 mitgetragen wurden. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die sogenannte „BAföG-  
26 Reform“, deren finanzielle Bestimmungen nicht einmal die Grundbedürfnisse vieler  
27 Studierender decken und mutmaßlich verfassungswidrig sind. Für die Verbesserung  
28 der sozialen Lage vieler Mitglieder unserer Statusgruppe tragen wir  
29 Verantwortung, weshalb wir für dieses Anliegen weiter lobbyieren und grüne  
30 Regierungsmitglieder in die Pflicht nehmen werden.
- 31 Konkret beschließt die Mitgliederversammlung:
- 32 1. Campusgrün versteht sich nicht als Wahlkampfvehikel für Bündnis 90/Die Grünen  
33 und bleibt in Organisation und politischen Handlungen unabhängig. Der Verband  
34 als solcher beteiligt sich nicht an der Kampagne für die Bundestagswahl und  
35 fokussiert seine Bemühungen ausschließlich auf hochschulpolitische Belange.
  - 36 2. Campusgrün setzt sich für basisdemokratische Entscheidungen auf sämtlichen  
37 Beschlussebenen ein. Dabei erliegen wir keinem Personenkult und konzentrieren  
38 uns auf konkrete Sachpolitik für die Gruppe der Studierenden.
  - 39 3. Campusgrün priorisiert die Belange der Studierenden. Dabei bleibt die  
40 Verringerung der finanziellen sowie sozialen Not eine unserer weitreichendsten

41 Aufgaben. Beschlüssen auch grüner Verantwortungsträger\*innen, die sich im Kampf  
42 gegen soziales Elend als nur unzureichend erweisen, stehen wir weiterhin  
43 kritisch gegenüber. Wir bleiben weiter fest an der Seite von benachteiligten  
44 Menschen.